

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Binder, Caren Lay, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/1367 –**

Schutz von Kindern vor Schadstoffen in Spielzeugen wirksam durchsetzen

A. Problem

Striktere Durchsetzung von Schadstoffverboten in Kinderspielzeug durch Übertragung der Zuständigkeit an die Bundesebene; wirksamere Marktüberwachung und mehr Mittel für Fortbildungen des Zollpersonals.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1367 abzulehnen.

Berlin, den 24. September 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/1367** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Mai 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zielt darauf ab, die hohe gesundheitliche Gefährdung von Kindern durch belastete Spielzeuge zu verringern. Der Anteil gesundheitsschädlicher Weichmacher und Schwermetalle sowie allergieauslösender und hormonell wirkender Stoffe überschreite die festgelegten Grenzwerte zum Teil deutlich. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit habe festgestellt, dass bis zu einem Viertel der Spielzeuge Schadstoffe über den erlaubten Grenzwerten freisetzen. Die derzeitigen Bemühungen der Bundesregierung, strengere Grenzwerte auf EU-Ebene durchzusetzen, gingen ins Leere, da die Kontrollen bereits jetzt unzureichend seien. Auch gemeinsame Maßnahmen der Bundesregierung mit der Volksrepublik China verbesserten den gesundheitlichen Schutz der Kinder nicht. Derzeit werde die Überwachung des Marktes von den Bundesländern durchgeführt. Die zuständigen Ämter seien jedoch nicht auf den globalen Spielzeugmarkt eingestellt und litten unter Personalmangel und Fortbildungsrückständen. Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung vor diesem Hintergrund zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs auf, der die Zuständigkeit bei der behördlichen Marktüberwachung von Spielzeugen auf Bundesebene hebt. Die Hersteller und Importeure sollten über Gebühren angemessen an der Marktüberwachung beteiligt werden. Ferner müssten im Bundeshaushalt 2014 die Mittel für eine wirksame Marktüberwachung eingestellt werden. Für den Zoll sollten zur Mitwirkung an der Marktüberwachung die Mittel für Personal und Fortbildung im erforderlichen Maße aufgestockt werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/1367 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/1367 in seiner 25. Sitzung am 24. September 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 18/1367 in seiner 18. Sitzung am 24. September 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 18/1367 in seiner 14. Sitzung am 24. September 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/1367 in seiner 21. Sitzung am 24. September 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Petitionen

Dem Ausschuss lag eine Petition zur Drucksache 18/1367 vor, zu der der Petitionsausschuss eine Stellungnahme nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT angefordert hat.

Mit der Petition wird ein Verbot von Chemie und Schwermetallen in Kinderspielzeugen und ein effizientes Kontrollsystem gefordert.

Dem Anliegen des Petenten wurde mit der Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/1367 nicht entsprochen.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/1367 in seiner 18. Sitzung am 24. September 2014 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass die Bundesländer im Jahr 2013 die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) gegründet hätten, um eine länderübergreifende Kooperation zu gewährleisten. Daher sei der Antrag obsolet.

Die **Fraktion der SPD** sprach sich für eine strengere Überwachung der Importe aus und unterstrich ebenfalls die Bedeutung der ZLS. Die Länder hätten sich über Jahre hinweg mit der Thematik beschäftigt und sich entsprechende Kompetenzen erarbeitet.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, dass die derzeitigen behördlichen Strukturen nicht geeignet seien, die körperliche Unversehrtheit der Kinder zu gewährleisten. Die Zuständigkeit für die Überwachung des Spielzeugmarkts müsse daher zwingend auf die Bundesebene gehoben werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte die Ansicht, dass die immer wieder in Kinderspielzeugen festgestellten Schadstoffmengen in der Tat besorgniserregend seien. Der Antrag sei aber nicht zustimmungsfähig, da es falsch wäre, die Kompetenz auf Bundesebene zu heben.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/1367 zu empfehlen.

Berlin, den 24. September 2014

Prof. Dr. Heinz Riesenhuber
Berichtersteller